



RAINER WEISFLOG / IMAGO

Schweinezucht „Unvertretbares Risiko“

Die EU-Kommission lässt auf Rat ihrer Arzneimittelbehörde (EMA) die Zulassung für ein Tiermasthormon bestehen, das vom deutschen Umweltbundesamt (UBA) als „unvertretbares Risiko für die Umwelt“ bezeichnet wird. Der Wirkstoff Altrenogest wird insbesondere in der Schweinezucht verabreicht. Gelangt er ins Wasser, kann er kleineren Tieren schaden. Schon in der niedrigsten getesteten Konzentration hätten sich an Fischen „signifikante Effekte“ auf die Befruchtungsrate der Eltern-

tiere und das Überleben der Nachfolgeneration gezeigt, heißt es in der Bewertung des UBA.

Das Hormon soll die Brunstphasen der Zuchtschweine steuern. Dadurch, so der Hersteller, ließen sich die Geburten „komprimieren“ und sogar in der Tageszeit beeinflussen, wie es in Beipackzetteln heißt. Erreicht werden sollen ein „optimiertes Herdenmanagement“ und auch „abferkelte Wochenenden“. Die Londoner Arzneimittelbehörde räumt ein Risiko für die Umwelt ein, bewertet den Nutzen des Hormons aber höher als das Gesundheitsrisiko für Menschen. kn

AfD Rüge der Datenschützer

AfD-Parteivize Beatrix von Storch hat Ärger mit der Berliner Datenschutzbeauftragten. Es geht um das Geflecht von Vereinen und Internetplattformen, das die AfD-Politikerin betreibt. Storch habe Nutzer ihrer Seite Civilpetition.de und Abgeordneten-Check.de nicht hinreichend darüber informiert, dass sie deren Daten auch für Werbezwecke wie Newsletter verwende, rügte die Datenschutzbeauftragte Maja Smolczyk: „Eine vorausgefüllte Einwilligung erfüllt diese Anforderung nicht.“

Die Datenschützer prüfen zudem weitere Hinweise der

Internetaktivistin Katharina Nocun, dass in Storchs Vereinsgeflecht persönliche Daten von Nutzern versendet werden. Die Behörde forderte Storch auf, die Datenschutzhinweise für mehrere ihrer Internetseiten nachzubessern. „Es darf keine Sonderrechte für abgeordneten-nahe Vereine geben“, sagt Nocun, „auch nicht für die AfD.“ ama



HC PLAMBECK

Storch

Kindergeld Einbußen auch für Deutsche

Der Vorschlag von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), EU-Ausländern das Kindergeld zu kürzen, würde auch Zehntausende deutsche Familien belasten. Das Europarecht verbietet es der Bundesregierung nämlich, nur Ausländer, deren Kinder in den Herkunftsländern geblieben sind, beim Kindergeld schlechterzustellen. Setzt sich Gabriel mit seiner Forderung durch, müssten auch Deutsche, deren Kinder sich im EU-Aus-

land aufhalten, entsprechend behandelt werden. Derzeit leben nach Angaben des Bundesfinanzministeriums 33 000 deutsche Kinder in Ländern der EU, weil sie dort an einem Schüleraustausch teilnehmen, ein Praktikum absolvieren oder studieren. Von Kindergeldzahlungen in EU-Länder profitieren derzeit rund 180 000 Kinder von Ausländern, die Hälfte davon leben in Polen, 15 000 in Rumänien und 5 000 in Bulgarien. Gabriel hatte angeregt, das Kindergeld auf dem Niveau des Heimatlandes auszuführen – das ist fast überall niedriger als in Deutschland. rei

Pflege Mit Medikamenten ruhigestellt

Pflegebedürftige in Heimen müssen befürchten, mit Psychopharmaka ruhigestellt zu werden, auch wenn dies medizinisch gar nicht notwendig ist. Das legt eine Studie der Krankenkasse AOK Rheinland/Hamburg nahe. Jede dritte pflegebedürftige Person in der stationären Pflege und jede zehnte in der ambulanten erhalte sogenannte Neuroleptika, heißt es in dem Report der gesetzlichen Kasse.

In den Heimen werde 19,5 Prozent der Patienten, „bei denen keine dokumentierte psychiatrische Indikation vorliegt“, ein Antipsychotikum verordnet. Diese Mittel unterdrückten den Impuls der alten Menschen, wegzulaufen zu wollen oder beständig zu rufen, schreiben die Autoren. Auch was die Medikamentengabe insgesamt betrifft, wirft der Report kein gutes Licht auf die Pflegeeinrichtungen: So nähmen 29 Prozent der Bewohner Arzneien ein, die speziell für ältere Menschen unerwünschte Risiken und Wechselwirkungen beinhalten. Bei denen, die zu Hause betreut werden, liege der Anteil bei 24 Prozent. elg

Sicherheit Mehr Macht für Europol

Die EU-Polizeibehörde Europol soll mehr Macht bekommen, doch das Parlament könne sie nicht ausreichend kontrollieren, kritisieren die Grünen in Berlin und Brüssel. Die slowakische EU-Präsidentschaft schlägt vor, aus den nationalen Parlamenten nur zwei Vertreter in den gemeinsamen Kontrollausschuss zu entsenden. Für Deutschland wäre das je einer aus Bundestag und Bundesrat, sagt die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner: „Wenn dieses Modell durchkommt, würden nur Regierungsfractionen in dem Gremium vertreten sein.“

Eine neue EU-Verordnung verpflichtet die Polizei der Mitgliedsländer, „unverzüglich sämtliche Informationen“ zu bestimmten Verbrechen an Europol zu übermitteln. Bei Menschenhandel, Terrorismus, Geldwäsche oder Drogenhandel soll Europol sogar nationale Stellen für Ermittlungen anhalten dürfen. Ungeklärt sei, ob eine Minderheit im Kontrollausschuss das Recht bekomme, Europol zu befragen, sagt Jan Philipp Albrecht, Grünen im Europaparlament. csc